

Anträge und Anfragen der FW Kreistagsfraktion im Kreistag und seinen Ausschüssen

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 26.02.2021

Soforthilfe im Landkreis Limburg-Weilburg

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss zu prüfen:

- a) Ob eine Maßnahme zur Soforthilfe des Einzelhandels, der Gastronomie und des Tourismus im Landkreis angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie durch den Landkreis Limburg-Weilburg möglich ist?
- b) Welche Wirtschaftsmittel können für eine Soforthilfemaßnahme bereitgestellt werden?
- c) Mit welcher Logistik z. B. in der Form von Gutscheinen, diese Maßnahme durchgeführt werden könnte?
- d) Über das Ergebnis ist dem Kreistag in der Kreistagssitzung im Mai 2021 zu berichten

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 26.02.2021

Rhein-Main-Verkehrsverbund - Erinnerung

1. Der Kreistag bittet (erinnert) den Kreisausschuss rechtzeitig vor dem Ende der Anmeldefrist im April 2021 zum Netzfahrplan 2022, erneut beim RMV vorstellig zu werden, damit die bekannten anstehenden Mängel nachstehend aufgeführt des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Limburg- Weilburg im Rahmen des Jahresfahrplanes/Netzfahrplanes 2022 behoben werden.

- Verlängernde Zeiten zum Umsteigen im Bahnhof Limburg
- Grundsätzlicher Einsatz von Fahrzeugen der Baureihe 643 mit ausreichenden Fahrradplätzen für die Züge der Linie RE 25.
- Ausschluss der Baureihe 640.
- Halt aller Regionalexpresszüge der Linie RE 25 Koblenz-Gießen bzw. Gießen-Koblenz in Eschhofen zum vorgelagerten verbesserten Umstieg der Linien z. B. RE 20 und RE 25 für Reisende mit eingeschränkter Mobilität und zur Entlastung der Innenstadt Limburg durch den Individualverkehr aus Umweltschutzgründen:

2. Der Kreisausschuss wird gebeten regelmäßig dem Kreistag über die aktuellen Erkenntnisse zu berichten.

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 26.02.2021

Resolutionsantrag an die Hessische Landesregierung zur Neuregelung der Straßenausbaubeiträge

Der Kreistag Limburg/Weilburg fordert die Hessische Landesregierung auf:

- a) Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch eine Überarbeitung der Gesetzgebung festzuschreiben.
- b) Die Städte und Gemeinden durch Landesmitteln /Sonderzuweisungen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträg zu entlasten.

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 26.02.2021

Senkung der Kreisumlage

Der Kreistag wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen: Im Haushaltsjahr 2021 wird der Hebesatz Kreisumlage so gesenkt, dass die Hälfte des zusätzlichen Überschusses aus dem Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 9.432.000 € (Stand Controllingbericht zum 30. September 2020, Gesamtüberschuss 14.234.910,00 €) an die kreisangehörigen Kommunen zurückgezahlt wird. Ab dem Haushaltsjahr 2022 ist die Kreisumlage unter Berücksichtigung der zusätzlich vom Bund übernommenen Ausgaben zu reduzieren (Kosten der Unterkunft ca. 5,7 Millionen €, Stand 30. September

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 26.02.2021

Resolution zum Ausbau von Homeoffice-Arbeitsplätzen für ein besseres Klima, zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Erhöhung der Lebensqualität

Der Kreistag wird gebeten, nachfolgende Resolution zu beschließen: Resolution für einen vorbehaltlosen Anspruch auf wohnortnahes Arbeiten für ein besseres Klima, zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Erhöhung der Arbeitsfähigkeit von Behörden und Unternehmen auch in sogenannten Ausnamelagen (Klimakatastrophen, regionale Extremwetterlagen, Pandemien)

Anfrage der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 26.02.2021

Rodung an der Dietkircher Höhe

1. Wie ist der Stand des Ordnungswidrigkeitsverfahren?
2. Wurde ein Bußgeld festgesetzt?
3. Wenn ja, in welcher Höhe? (in der Presse wurde seinerzeit ein Betrag von rund 200qm Euro pro Quadratmeter genannt)?
4. Wurden für den Eingriff Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt?
5. Sind diese bereits durchgeführt?
6. Um welche Art von Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen handelt es sich?

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 04.12.2020

Resolutionsantrag an die Hessische Landesregierung „Kostenloses Hessenticket für alle Schülerinnen und Schüler“

Der Landkreis Limburg-Weilburg fordert die Hessische Landesregierung auf, die im §161 des HSchG geregelten Bedingungen dahingehend zu ändern, dass allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der Kilometerregel das kostenlose Hessenticket zur Verfügung gestellt wird.

Anfrage der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 04.12.2020

Inklusive Bildung im Landkreis Limburg–Weilburg

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention sollte das Ziel erreicht werden, dass jedes Kind mit Behinderung die Möglichkeit bekommt auf eine Regelschule zu gehen.

Wir bitten um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Die nachfolgenden Fragen sind in der Beantwortung nach Jahren seit 2015 aufzugliedern:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchten seit 2015 eine Regelschule?
2. In wieviel Schulen wurden Sie unterrichtet?
3. Welche Erfahrungen wurden bei der Beschulung gemacht?
4. Sind die strukturellen Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht im Landkreis auskömmlich oder gibt es Handlungsbedarfe die Situation zu verbessern?
5. Welche Ressourcen müssen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, um die Umsetzung der Inklusion zu verbessern?
6. In welchen Schulformen erfolgt derzeit inklusiver Unterricht?

Anfrage der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 04.12.2020

Zusammenstellung der freiwilligen Leistungen für die Jahre 2020 und 2021

Der Kreisausschuss wird gebeten:

1. eine Zusammenstellung der **entstandenen** Ausgaben ohne gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 zu erstellen.
2. eine Zusammenstellung der **veranschlagten** Ausgaben ohne gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zu erstellen.
3. eine Zusammenstellung der Mittel und der Ausgaben aus dem „Kreisausgleichsstock“ für die Jahre 2019 bis 2021 zu erstellen.

Ergänzungsantrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 11.09.2020

Entwicklung des Tourismus

1. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss ein Planungsbüro mit der Untersuchung des Lahntalradwanderwegs und des Hessischen Fernradweges R8 zu beauftragen.
2. Dabei sollen:
 - a. die jetzigen Ist-Zustände der Radwanderwege in Hinblick auf die zeitgemäße Tauglichkeit als touristischer Fernradwanderweg erfasst werden.
 - b. Handlungsempfehlungen gegeben werden, wie die Radwanderwege verbessert werden können, einschließlich einer Priorisierung der empfohlenen Maßnahmen
 - c. eine Übersicht darüber gegeben werden, welche Fördermaßnahmen für den Ausbau und die Ertüchtigung der Radwanderwege zur Verfügung stehen.
3. Der abschließende Bericht soll im Haushalts- und Finanzausschuss und dem Ausschuss Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr vorgestellt

Dringlichkeitsantrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 11.09.2020

Verbessertes Schulbusangebot / Verstärkte Wagenparks der Schülerzüge

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss zu prüfen, ob ein verbessertes Schulbusangebot und verstärkte Wagenparks der Schülerzüge in unserem Kreisgebiet möglich sind, um Corona-Ansteckungen zu vermeiden.

Dringlichkeitsantrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 11.09.2020

Fortbestand/Erhaltung der Jugendherberge Weilburg-Odersbach

1. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, sich aktiv für den Fortbestand / die Erhaltung der „Jugendherberge Weilburg-Odersbach“ einzusetzen.
2. Zu prüfen inwieweit der Kreis Limburg-Weilburg durch eine (nach seinen Möglichkeiten) finanzielle Unterstützung zum Fortbestand/Erhaltung der „Jugendherberge Weilburg-Odersbach“ einen Beitrag leisten kann.

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 24.04.2020

Gewinnverwendung Photovoltaikanlage Deponie Beselich

Der Kreisausschuss wird gebeten eine rechtliche Prüfung durchführen zu lassen, ob die Nichtberücksichtigung des Überschusses aus dem Betrieb gewerblicher Art Photovoltaik des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg bei der Gebührensatzberechnung mit dem Gebührenrecht vereinbar ist.

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 14.02.2020

Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) – Fahrplan 2021

Der Kreistag bittet (erinnert) den Kreisausschuss, rechtzeitig vor der Anmeldefrist (14.03.2020 – 14.04.2020) zum Netzfahrplan 2021 erneut beim RMV vorstellig zu werden, damit die bekannten anstehenden Mängel des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Limburg-Weilburg im Rahmen des Jahresfahrplanes/- Netzfahrplanes 2021 behoben werden. Verlängernde Zeiten zum Umsteigen im Bahnhof Limburg, damit auch Reisende mit eingeschränkter Mobilität, Reisende mit Kinderwagen und Fahrrädern zwischen den nachstehend aufgeführten Linien die Anschlusszüge erreichen.

Anfrage der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 14.02.2020

Quer- und Seiteneinsteiger an den Grundschulen im Landkreis Limburg-Weilburg

1. Wieviel sog. Quer-bzw. Seiteneinsteiger waren in den Grundschulen des Landkreises Limburg-Weilburg in den sog. Kernfächern Lesen, Schreiben und Rechnen eingesetzt jeweils in den Schuljahren von 2015/2016 bis 2019/2020?
2. Wie hoch ist der Fehlbedarf an pädagogisch ausgebildeten Grundschullehrern jeweils in den Schuljahren ab 2015/2016 bis 2019/2020 gewesen (Gesamtbedarf abzüglich pädagogisch ausgebildeter Grundschullehrer)?
3. Seit wann besteht an den einzelnen Universitäten des Landes Hessen ein numerus clausus für das Studium `Lehramt Grundschule`?
4. Wieviel Studienplätze sind jeweils an den einzelnen hessischen Universitäten für das Lehramt Grundschule vorhanden? Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg 24 von 26
5. Wieviel Studenten haben an den hessischen Universitäten einen Abschluss in dem Studienfach „Lehramt Grundschule“ erlangt jeweils in den Jahren 2015 bis 2019?
6. Wie hoch wird derzeit der Bedarf an pädagogisch ausgebildeten Grundschullehrern für die Grundschulen des Landkreises Limburg-Weilburg für die Schuljahre 2020/2021, 2021/2022 und 2022/2023 eingeschätzt?

Anfrage der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 14.02.2020

Umsetzungsstand Bundesteilhabegesetz (BTHG) – Beratung und Unterstützung gem. SGB IX und SGB XII

1. Welche Strukturen wurden geschaffen und welche Maßnahmen wurden umgesetzt, um die Anforderungen zur Erfüllung der Unterstützungsverpflichtung gem. den o.a. gesetzlichen Erfordernissen gerecht zu werden? Wir bitten um detaillierte Darstellung der Angebote.
2. Wie wird der Umfang der Unterstützungsleistung den betroffenen Menschen vermittelt?

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Änderungsantrag Zukunftsfond

Der Kreistag möge beschließen Die Förderrichtlinie wird unter Säule B Kommunale Infrastruktur wie folgt geändert:

4.2. Förderfähige Maßnahmen/Ausgaben. Die Ziffer 5 soll ergänzt werden:
„Hierzu zählen auch wertverbessernde Instandhaltungsmaßnahmen der kommunalen und sozialen Infrastruktur“.

Die Ziffer 6 soll entfallen, da es sich um Einzelfallentscheidungen handelt, die bis zu 75.000,- € gefördert werden können. Einzelfallentscheidungen sollen, insbesondere wegen der Förderhöhe, vom Kreistag getroffen werden

Anfrage der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Kassenmittel, Hebesätze, Einzelmaßnahmen usw.

1. Wie hoch sind die Einlagen und Kassenmitteln des Kreises zum 31.12..2019?
2. Werden für die Einlagen Negativzinsen fällig?
3. Wie hoch ist der Liquiditätspuffer gem. §106 HGO zum 31.12.2019?
(Soll und IST)
4. Wie hoch hätte der ergebnisneutrale Hebesatz für die Haushaltsjahr 2018 und 2019 sein müssen?
5. Was verbirgt sich hinter der Position 2.9 „ Sonstige Rückstellungen“ in Höhe von 3.138 TEUR in der Übersicht G3? Die Position ist seit 2019 bis einschl. 2021 unverändert.
6. Welche Einzelmaßnahmen sind in der Position 2.8 „Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren“? (Übersicht G3) enthalten?
7. Welche Einzelmaßnahmen sind in der Position 2.4 „ Rückstellung für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden“ (Übersicht G3) enthalten

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Senkung der Kreisumlage

Die Hebesätze der Kreisumlage werden für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 um jeweils 1% reduziert. Somit ergibt sich für das Haushaltsjahr 2020 ein Hebesatz von 31,80% und für das Haushaltsjahr 2021 von 31,65%.

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Modernisierungsprogramm der Bahnhöfe

Der Kreisausschuss wird gebeten:

Eine zeitnahe Aufnahme des Bahnhofes Limburg/L bei der Deutschen Bahn / dem RMV / dem Land Hessen in das Modernisierungsprogramm der Bahnhöfe zu beantragen.

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Ertüchtigung und Sanierung von Radwegen

Antrag/Beschlussempfehlung/Haushaltbegleitbeschluss:

Im Doppelhaushalt 2020/2021 sind 100 T€ für die Ertüchtigung und Sanierung der durch das Kreisgebiet verlaufenden Fernradwege, Themenradwege und wichtigen Verbindungswegen zwischen den Gemeinden und Ortsteilen einzustellen.

A) Radwege in der Zuständigkeit des Landkreises

B) Radwege in der Zuständigkeit finanzschwacher Städte und Gemeinden des Kreises.

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Sicherheit am Radweg der K 472

Der Kreisausschuss wird gebeten:

Eine zeitnahe deutliche Verbesserung der Sicherheit auf dem Radweg an der K 472 zwischen Dietkirchen und Dehrn im Bereich des sog. Weißen Hauses zu veranlassen.

a) Durch den Erwerb von einer kleinen Teilfläche vom **jetzigen Eigentümer**.

b) Nach dem Erwerb der Teilfläche durchführen der notwendigen baulichen Maßnahme durch Verlegung/Verbreiterung des Radweges

Für die Maßnahme ist im Doppelhaushalt 2020/2021 ein Betrag von 10 T€ einzustellen.

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2020/21

Kreistagssitzung am 14.02.2020

Lärmsanierung an Schienenwegen des Bundes

1. Der Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg bittet die DB Netz AG um Auskunft, ob die nachstehenden Strecken der DB Netz AG im Landkreis Limburg-Weilburg, in das Lärmsanierungsprogramm an bestehenden Schienenwegen, auf Grundlage einer Berechnung mit den aktuellen Zugzahlen und Wagengattungen vom Januar 2020 aufgenommen werden können bzw. aufzunehmen sind.
2. Die Grundlagen und Berechnungen sind dem Landkreis zu übermitteln.
Strecken im Landkreis Limburg-Weilburg: Strecke 3710: Wetzlar-Niederlahnstein vom Bf Löhnberg, Bahn km 17,0 bis Bf Limburg, Bahn km 53,0
Strecke 3610: Frankfurt- Eschhofen von Bf Bad Camberg, Bahn km 55,0 bis Bf Eschhofen, Bahn km 66,5

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung am 12.04.2019

Vorlage einer Anlagenrichtlinie für Geldanlagen

Der Kreisausschuss wird gebeten für die Geldanlage Anlagenrichtlinien, die die Sicherheitsanforderungen (inkl. des erforderlichen Ratings der Gesamt- und Einzelanlagen), die Verwaltung der Geldanlagen durch den Kreis und regelmäßige Berichtspflichten regeln, zu erlassen. Diese Richtlinien sind vom Kreistag zu beschließen. Die Richtlinie gilt auch für Eigen- und Beteiligungsgesellschaften, an denen der Kreis mehrheitlich beteiligt ist.

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung am 12.04.2019

Mitteilungen zum Gewinnverwendungsbeschluss der Sparkassen

1. Landrat Michael Köberle wird gebeten, in seiner Funktion als Vorsitzender des jeweiligen Verwaltungsrates der beiden Kreissparkassen, darauf hinzuwirken, dass der Kreistag über die Begründung für den Gewinnverwendungsbeschluss des jeweiligen Verwaltungsrates der Kreissparkassen zu informieren ist. Ebenso ist mit den Beschlüssen des Sparkassen Zweckverbandes der Naspa zu verfahren.
2. das Thema regelhaft in den Gremien des Trägers diskutiert wird.

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung am 12.04.2019

Zusätzliche Bushaltestelle Großmannswiese Runkel/Ennerich

Der Kreistag wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen: Der Kreisausschuss bittet den RMV, zu prüfen, ob in der Gemarkung Ennerich in der Straße Großmannswiese die Errichtung einer neuen/zusätzlichen Bushaltestelle des RMV möglich ist.

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung am 12.04.2019

Kein Plastik (Kunststoffe) in die braune Tonne

Der Kreistag wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreisausschuss bittet den Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB), zu prüfen, ob durch eine Aktion mit einem Aufkleber auf den Biotonnen mit dem Text „Kein Plastik in die braune Tonne“ die Fehleinwürfe in die Biotonne reduziert werden können.
2. Der Kreistag ist über die gewonnenen Erkenntnisse und Maßnahmen zu unterrichten.

Änderungsantrag der FW Kreistagsfraktion / Ausschuss Raumordnung Wirtschaft und Verkehr am 27.03.2019

Problem- und Mängelbeseitigung im ÖPNV

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss in Zusammenarbeit mit den VLDW beim RMV vorstellig zu werden, dass bis zum Fahrplanwechsel in Dezember 2019 nachstehende Probleme und Mängel im Kreisgebiet und auf den Pendlerstrecken ins Rhein-Maingebiet welche in anliegender Begründung bzw. Maßnahmenkatalog aufgeführt sind behoben werden.

Änderungsantrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung 08.09.2018

Abschaffung der Straßenbeiträge

Der Kreistag nimmt die Gesetzesänderung von Straßenbeiträgen zur Kenntnis und fordert die Hessische Landesregierung auf:

1. Die Abschaffung der Straßenbeiträge durch eine Überarbeitung der Gesetzgebung festzuschreiben.
2. Den finanzschwachen Kommunen die finanziellen Ausfälle durch Landesmittel zu erstatten.

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung am 13.04.2018

Resolution für ein besseres Klima, zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie & Beruf und zur Erhöhung der Lebensqualität:

1. Die Hessische Landesregierung wird gebeten, sich über eine Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, mit der ein Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch erhält, einen Home Office-Arbeitsplatz gegenüber seinem Arbeitgeber zu beantragen. Die hierdurch entstehende Reduzierung der Schadstoffe kann auf die Bewertung eines klimaneutralen Unternehmens bzw. einer klimaneutralen Verwaltung angerechnet werden.
2. Auch ohne Rechtsanspruch soll die öffentliche Verwaltung in Hessen als Vorreiter ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Home Office-Arbeitsplatz zur Verfügung stellen, um so einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten (Pendlerstromreduzierung).
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, den vorliegenden Resolutionsentwurf an die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landkreis- und

Städtetag weiterzuleiten, verbunden mit der Bitte, sich der Initiative des Landkreises Limburg-Weilburg anzuschließen.

Antrag der FW Fraktion / Kreistagssitzung am 13.04.2018

Masterplan Radverkehr im Landkreis Limburg-Weilburg

1. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden des Landkreises einen „Masterplan Radverkehr im Landkreis Limburg-Weilburg“ zu erstellen.
2. Für die Finanzierung des Projektes sind Fördermittel des Bundes bzw. des Landes zu beantragen. Die Restkosten sind vom Landkreis bzw. anteilig vom Kreis und den Städten und Gemeinden des Landkreises zu tragen.
3. Dem Kreistag ist regelmäßig über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Kreistagssitzung am 01.12.2017

Öffentlichen Personennahverkehr

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss zu prüfen, ob für die Städte/Gemeinden und deren Ortsteile, welche nicht an einer Bahnlinie liegen, ein verbessertes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs an Samstagen und Sonntagen eingerichtet werden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist im zuständigen Ausschuss vorzustellen und zu beraten

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Kreistagssitzung am 01.12.2017

Barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen

Über die Umsetzung eines barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen ist dem Kreistag im Laufe des Jahres 2018 zu berichten

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Kreistagssitzung am 01.12.2017

Kosten für die Ausstattung der Bahnübergänge an der K 478 und K 486

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss zu prüfen, in welcher Höhe Kosten für die Ausstattung der Bahnübergänge an der K 478 und K 486 mit neuer Bahnübergangstechnik im Rahmen der Ertüchtigung der Oberwesterwaldbahn anfallen. Das Ergebnis der Prüfung ist im zuständigen Ausschuss vorzustellen und zu beraten

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Kreistagssitzung am 01.12.2017

Preisgeld für den Umweltpreis

Seit 2006 wird das Preisgeld für den Umweltpreis in unveränderter Höhe bereitgestellt. Der Ansatz wird um 1.000 € auf 3.000 € erhöht.

Antrag der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Kreistagssitzung am 01.12.2017

Schwimmunterricht

Die ab dem Schuljahr 2017/2018 geltend gemachten Mehrkosten für das Schulschwimmen im Hallenbad Offheim werden vom Landkreis übernommen. Es wird sichergestellt, dass der Schwimmunterricht im Schuljahr 2017/2018 im bisherigen Umfang stattfinden kann. Nach dem Ergebnis der Beratungen in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 23.11.2017 steht der Haushaltsansatz in ungekürzter Höhe für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 zur Verfügung.

Anfrage der FW Fraktion zum Doppelhaushalt 2018/19

Kreistagssitzung am 01.12.2017

Erläuterungsbedarf

1. Wir bitten um Erläuterung des Finanzstatusberichts (I 5 – I 17)
2. Wir bitten um Vorlage der einheitlichen Berechnungsgrundlage des Landes Hessen für die Schulumlage (incl. Musterformblatt). Wie kann aus dem Teilergebnishaushalt „21 Schulfinanzierung“ die Höhe der Schulumlage abgeleitet werden?
3. Wie ist die Reduzierung der Pos.18, „21 Schulfinanzierung“ um ca. 297.000,- € begründet?
4. In welcher Position sind die Kosten für den Schwimmunterricht untergebracht? (Pos.13?) Wie hoch sind die Kosten für den Schulschwimmunterricht? Trifft es zu, dass der Ansatz gekürzt wurde und dadurch nur noch 17 statt 29 Schulen am Schwimmunterricht teilnehmen können?
5. Sind im Teilhaushalt „51 Sozialamt“ im Produkt 5121 die finanziellen Auswirkungen durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) berücksichtigt worden? In welcher Höhe, in welchen Produkten? Wie sind die Laufzeiten aus den vertraglichen Verpflichtungen mit den Betreibern der Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge?
6. Kreisumlage (Produkt 9010) Unter Nr.5 ist ein Betrag i.H.v. 78.679.479,-€ ausgewiesen, in den dazugehörigen Erläuterungen (R571) wird ein Betrag i.H.v. 79.796.933,- € aufgeführt, somit eine Differenz von +1.117.454,-€. Wie erklärt sich die Differenz? Welcher Betrag ist der korrekte?

7. Bei der Ergebnisdarstellung des Haushaltsjahres 2016 (A10) ist das Jahresergebnis nicht korrekt dargestellt. Gem. Finanzstatusbericht (I 6) ergibt sich ein Überschuss von 8.789.505,84 €. Der Überschuss ist somit um 2.186.741 € höher als das geplante Ergebnis. Für das Haushaltsjahr 2017 wurde das Ergebnis auf der Grundlage des II. Quartalsberichts dargestellt. Es wird ein prognostizierte Überschuss von 5.911.741 € ausgewiesen. Liegen aktuelle Zahlen für das Haushaltsjahr 2017 vor? Wie verändert sich das Ergebnis? Wie hat sich die Höhe der Kreisumlage gegenüber der Planung verändert? Trifft es zu, dass die Schlüsselzuweisung aus dem KFA um rd. 4,3 Mio € höher ausfällt als der geplante Wert?

8. Wie hoch ist der voraussichtliche Stand der Schulden per 31.12.2018. Aus den Mitteilungen der Seiten I 2 und I 14 ergibt sich eine Differenz i.H.v. rd. 23,1 Mio €. Wie erklärt sich die Differenz?

9. Wie hoch ist der fiktive Betrag aus der Sporthallennutzung durch die Vereine? Trifft es zu, dass gem. Produktplan, Produkt 0113 (R26, Nr. 30) rd. 255 TEURO beträgt?

10. Welcher Auftragnehmer übernimmt ab 15. April 2018 die Unterhaltung der Kreisstraßen gegen Pauschalentgelt (Folgevertrag)?

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung 01.09.2017

Einführung einer Limburg-Weilburg-Card

Der Kreistag wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen: Der Kreistag bittet den Kreisausschuss um die Einführung einer Limburg-Weilburg-Card zu Saisonbeginn im Jahre 2018.

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung 01.09.2017

Jobticket

Der Kreistag wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung des Landkreises Limburg-Weilburg und seiner Eigenbetriebe wird spätestens mit Beginn des Jahres 2018 das Jobticket eingeführt. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Rheinland Pfalz sollte das Jobticket auch im benachbarten Verkehrsverbund „VRM“ gültig sein.

Ergänzungsantrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung 01.09.2017

Unterstützung von hauptamtlichen kommunalen Mitarbeitern im Flüchtlingsbereich

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Aus TOP 6 des Antrages ist erkennbar, dass die Unterstützung nicht nur einmalig angedacht ist. Zur höheren Transparenz wird Punkt 7 + 8 eingefügt:

7. Um für die jeweilige Kommune Planungssicherheit herzustellen und qualifiziertes Personal gewinnen zu können, werden die Mittel mindestens für 5 (in Worten fünf) Jahre an die jeweilige Kommune gezahlt.
8. Über die Ergebnisse und die Wirkung ist dem Kreistag einmal jährlich zu berichten

Anfrage der FW-Fraktion /Kreistagssitzung am 17.02.2017

Haushaltsbegleitbeschluss vom 19. Februar 2016 zur Kreisumlage

In der Kreistagssitzung vom 19. Feb. 2016 wurde mehrheitlich u.a. folgender Haushaltsbegleitbeschluss gefasst „Der Kreisausschuss wird gebeten, zu prüfen, ab dem Haushaltsjahr 2017 die Kreisumlage um die Hälfte des jeweiligen Haushaltsüberschusses zu reduzieren.“

Der Controllingbericht weist per 30.09.2016 ein Jahresergebnis von + 9,1 Mio € aus

1. Hat der Kreisausschuss schon eine Prüfung durchgeführt?
2. Wenn ja, zu welchem Ergebnis ist er gekommen?
3. Wenn nein, zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt der Kreisausschuss eine Prüfung durchzuführen.

Antrag der FW Kreistagsfraktion / Kreistagssitzung 19.02.2016

Haushaltsbegleitbeschlüsse

1. Durch die Krankenhausreform sowie regionale Entwicklungen werden voraussichtlich in den nächsten Jahren im Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH weitere Verluste entstehen. Der Landkreis Limburg-Weilburg, als alleiniger Gesellschafter, sichert mit einer Ausfallbürgschaft die Liquidität des Krankenhauses. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind erheblich gestiegen. Um die Unterstützung des Krankenhauses durch den Kreistag sicher zu stellen wird daher beantragt:
Der Landrat, als Aufsichtsratsvorsitzender sowie der Geschäftsführer der Krankenhaus Weilburg gGmbH informieren mindestens zweimal jährlich die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses sowie die Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen über die wirtschaftliche Situation und die Risiken der zukünftigen Entwicklung des Krankenhauses. Ebenso werden die Vorsitzenden der Gruppierungen, die keinen Fraktionsstatus erreicht haben informiert.
2. Bisher wurden Investitionszuschüsse kostenmindernd bei den haushaltsbelastenden Abschreibungen berücksichtigt. Da künftig Investitionszuschüsse im Rahmen der Schlüsselzuweisung erfolgen, ist sicherzustellen, dass die haushaltsbelastenden Abschreibungen im entsprechenden Anteil der zugehörigen Zuschüsse (ehemals Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen) haushaltsentlastend berücksichtigt werden und nicht zusätzlich zu Lasten der Kommunen gehen.
3. Der Kassenkredit in Schweizer Franken wurde vorzeitig umstrukturiert. Der vereinbarte Kassenkreditzins ist allerdings um 2% höher als Vergleichsangebote. Die Mehrbelastungen betragen im Haushaltsjahr 2016 und 2017 jeweils mehr als 160.000,- €. Der Differenzbetrag zwischen tatsächlichem und vergleichbarem Zins soll zukünftig nicht mehr separat ausgewiesen werden. Aus Gründen der Transparenz wird sichergestellt, dass auch zukünftig die Mehrbelastung ausgewiesen wird.

Haushaltsbegleitbeschlüsse

1. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes erfolgt unter Berücksichtigung der veränderten Haushaltssituation. Die Entwicklung wird in den entsprechenden Tabellen aktualisiert.
2. Die Entwicklung der Ergebnishaushalte bis 2019 ist entsprechend der Veränderung zu aktualisieren.
3. Es wird beantragt die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 getrennt abzustimmen.
4. Die Kreisumlage wird ab dem Haushaltsjahr 2017 um die Hälfte des jeweiligen Haushaltsüberschusses reduziert.
5. Die Sanierung der Schule im Emsbachtal, Niederbrechen sollte ursprünglich im Jahr 2016 abgeschlossen werden. Die neue Planung sieht vor, dass die

seit über 10 Jahren andauernde Sanierung nochmals um weitere 2 Jahre gestreckt werden soll. Diese außergewöhnliche Belastung der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte ist, insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung, nicht mehr zu rechtfertigen. Es wird daher beantragt die zusätzlichen restlichen Mittel (ca. 1 Mio €) im Haushaltsjahr 2016 zur Verfügung zu stellen, um die Baumaßnahme zügig, ohne Unterbrechung abschließen zu können. Die Kinder der Erlenbachschule haben eine solche Entscheidung der ungestörten Bildung verdient.